

Bezugspreis: Vierteljährlich 2.- M., monatlich 8.- M. frei ins Haus, voraus schickbar. Postbezug: Monatlich 8.- M., ggf. Anstellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6.25 M., für das übrige Ausland 10.25 M., bei täglich einmal Zustellung 8.25 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragenes in die Postzeitungs-Verzeichnisse. Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk u. Welt' erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 27. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Kopierzeile (ca. 10 Zeilen) kostet 1.50 M. 'Kleine Anzeigen' das ist gedruckt Wort 60 Hg. (zählend 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 40 Hg. Steilanzeigen und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 60 Hg., jedes weitere Wort 30 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Leuzungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.50 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 8 Uhr abends.

Küstenschiffahrt erlaubt.

Am 10. Oktober funkte die alliierte Marine-Waffenstillstandskommission: „Infolge des Angriffs auf Riga wird die Freifahrterlaubnis für alle deutschen Schiffe in der Ostsee vorübergehend aufgehoben. Schiffe, die jetzt in der Ostsee in See sind, sind zurückzurufen, und es ist keinen anderen die Erlaubnis zu geben auszuweichen, solange dies Verbot dauert. Deutsche Schiffe, die in der Ostsee angetroffen werden, sind der Beschlagnahme durch die Alliierten unterworfen.“ Es ist inzwischen festgestellt, daß eine Bekanntheit dieser Offensivbeschränkung an die neutralen Ostseestaaten nicht stattgefunden hat. Auf das deutsche Ersuchen an die alliierte Marine-Waffenstillstandskommission um Bestätigung, daß die deutsche Schifffahrt in den deutschen Küstengewässern nicht behindert werden wird, antwortete diese, die Aufhebung der Freifahrt für deutsche Schifffahrt schließt die deutschen Küstengewässer ein.

Unter dem 25. Oktober teilte die alliierte Marine-Waffenstillstandskommission mit: Küstengewässer werden jetzt außerhalb der Beschränkungen stehend betrachtet werden, wie sie im Funkpruch vom 10. Oktober niedergelegt sind. Es wird also wenigstens in der Drei-Meilen-Zone der Fischfang, der Kohlentransport nach Ostpreußen und die Kartoffelzufuhr möglich sein.

Neue Einmischung?

Der Hünferrat beschäftigte sich mit einer Beschwerde der palastischen Delegation, die behauptet, in Oberschlesien würden Kommunalwahlen stattfinden, die erst nach Ankunft der interalliierten Kommission zur Vorbereitung der Volksabstimmung vor sich gehen könnten. Der Rat beschloß alsdann die Unruhen, die

Auseinander!

Die Spaltung der Linksradikalen geht weiter. Die „Freiheit“ veröffentlicht den Bericht über die Reichskonferenz der Linksradikalen Jugend, die eine volle Woche zuvor in Weimar getagt hat. Dort hat die kommunistische Mehrheit noch heftigen rein politischen Debatten den vollen Anschluß an die K. P. D. — es wird nicht gesagt, an welche —, den schärfsten Kampf gegen alle anderen Parteien einschließlich der U. S. P. proklamiert und in schöner Duldsamkeit auch gleich diejenigen, die gegen diesen Antrag stimmten, als nicht mehr zur „Freien Sozialistischen Jugend“ gehörig erklärt. Die Herausgeschmissenen wollen nun eine neue „F. S. J.“ gründen, die unbedingt selbständig und von allen Parteien unabhängig sein will.

Bei dieser Gelegenheit bringt die „Freiheit“ lange Ausführungen gegen die Hineinziehung der Jugend in den Parteikampf und gegen seine Hineintragung in die Jugend. Die U. S. P.-Jugend erntet nur, was sie selbst verbrochen hat. Da nun aber die K. P. selbst wieder gespalten ist, wird man wohl bald unter den Linksradikalen die neue Wissenschaft von den verschiedenen freien sozialistischen Jugendern aufkommen sehen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, dürfte ja auch der U. S. P.-Parteitag in Leipzig am 16. November einen — Marzstein auf diesem Wege bedeuten. Wir aber erinnern uns jenes in eine herrliche Zukunft weisenden Liedes, das einmal auf andere Prinzipienreiter gemacht wurde und in dem es heißt:

Das Vaterland muß kleiner sein,
Das Vaterland — — bin ich allein.

In einem Artikel der Wiener „Roten Fahne“ Nr. 133 vom 19. Oktober über den Bolschewismus in Norwegen von Dr. Jürgens lesen wir über den Führer Tranmæl: Er, wie die übrigen Führer der Syndikalistischen gehören nicht selbst der handarbeitenden Bevölkerung an, sondern es handelt sich um edle Literaten und Doktriniere. Im Gegensatz zu den Gewerkschaftsführern, die durchweg selbst einmal das Handwerkszeug geführt haben. Kein Wunder daher, daß die bolschewistischen Ideen bei den norwegischen Syndikalistischen mit Begeisterung aufgenommen wurden.

Also: nicht Arbeiter, sondern Nichtarbeiter sind die richtigen Führer des Proletariats. So offen haben die kommunistischen Doktriniere ihren Werteschatz des Proletariats geäußert wie hier.

Balkikum und Petersburg.

Gegen die Festsetzung des deutschen Leutnants Stein durch lettlandische Behörden und die angeordnete Festhaltung bis zur Freilassung einiger von der Witschostroppe gefangenen Leuten ist unter Hinweis darauf, daß die Eisernen Division der deutschen Regierung nicht untersteht, nachdrücklich protestiert und die sofortige bedingungslose Freilassung des deutschen Offiziers verlangt worden. Wolff meldet einen litauischen Angriff auf deutsche Postfahrerpösten, von denen 4 getötet worden und 7 vermißt seien.

durch die Entsendung deutscher Truppen in Flensburg ausgebrochen sind. Der Hünferrat befürchtet, daß die dorthin entsandten deutschen Truppen unter dem Vorwand, gegen Unruhen vorzugehen, zu Verhaftungen schreiten könnten, die die Volksabstimmung beeinträchtigen würden.

Zusatz des Hünferrats: Von Unruhen, die infolge der Entsendung deutscher Truppen in Flensburg ausgebrochen sein sollen, kann nicht die Rede sein. In Wirklichkeit haben in der vorigen Woche Uebergriffe arbeitsloser Elemente stattgefunden, und um solche für die Zukunft unbedenklich zu machen, ist ein Bataillon nach Flensburg geschickt worden. Seine Anwesenheit hat genügt, um die Ruhe vollkommen sicherzustellen. Eingriffe der Truppen sind nicht nötig gewesen. Befürchtungen, daß die Anwesenheit der Truppen die Volksabstimmung beeinträchtigen könnten, sind vollkommen unbegründet.

Wilson's Fiasco.

Der Versuch, die an dem Widerstand der Unterhändler gegen Tarifverträge gescheiterte Washingtoner „Industriekonferenz“ durch Weitertragen einer Teilgruppe zu retten, ist mißglückt. Da sich auch die das Publikum vertretende Gruppe bis auf weiteres vertagt hat, ist die Konferenz zu Ende.

Wilson's Vertreter, der Vizepräsident Marshall, erklärt, den Schanden befehlend, eine Rundgebung, in der es heißt, die Welt könne nur durch eine Regierung der Liebe und des Mitleides wieder zur Ruhe gebracht werden. Nicht einen Geschehen brauche das wirtschaftliche Leben Amerikas jetzt, sondern einen Prediger des Evangeliums. — Gegen die harten Tatsachen wird frommer Glaube nicht anrichten. Und wo bleiben Liebe und Mitleid gegen die Besiegten?

Käme doch endlich die Entente-Kommission, um dem unheimlichen Rätsel ein Ende zu machen, daß die Litauer den deutschen Abzug, den auch sie wünschen, mit Gewalt hindern sollen! . . .

Der deutsche Minister hat beschlossen, dem Volksterrat eine Gesetzesvorlage vorzulegen über die Beschlagnahme des Eigentums derjenigen Personen, die an den Kämpfen im Geere Kwaloff-Bermundis teilnehmen.

Wegen der — nur in der Zahl faul übertriebenen — Meldungen der „Freiheit“ über das Aussehen von Thorner Soldaten „in Richtung“ Volkstum hat der Gouverneur von Thorn solches Blatt und wegen des Nachdruckes unser Thorner Parteiorgan auf 3 Tage verboten.

Von der Petersburger Front berichtet Judentisch zwar noch Fortschritt, aber es heißt in einer Helsingforsker Meldung, daß die rote Garnison Krasnaja Gora's Judentisch gefährde und daß die Gegenangriffe stärker werden. Diese Offensive scheint zu erlahmen und das erklärt die Versuche, Finnland zum Mittun zu veranlassen.

Das Ende der Italienfront.

Die Wiener Untersuchungskommission prüfte die Ursachen des Zusammenbruchs der italienischen Front und der L. u. I. Erklärung des Waffenstillstands, der noch gar nicht geschlossen war und an den sich die Italiener nicht lehrten, so daß noch hunderttausende Oesterreicher gefangen wurden. Der damalige Generalstabschef v. Herz verweigerte die Aussage, wie ihm seine Heimatsregierung, die ungarische, befohlen hatte. Aus den Zeugenaussagen, insbesondere des Feldmarschallleutnants Walstätten und anderer Generalsstabsoffiziere geht nach Wittermeldungen (die Verhandlung war geheim) hervor, daß es unmöglich war, weiterzukämpfen oder Widerstand zu leisten, denn die Truppen wüßten von den Waffenstillstandsverhandlungen, und die Front begann sich aufzulösen. Die Front war schon am 3. November 1918 durch den Abmarsch der Ungarn und Tschechen zusammengebrochen.

Camille Huysmans unter Anklage.

Das große Kennen nach den Verbrechen, die während des Krieges nicht unbedingt in Deutschlandstreicherei machten, hat in Belgien begonnen. Selbst Camille Huysmans, der verdienstvolle Sekretär der Internationale, ist davor nicht sicher, wie folgende Mitteilung zeigt.

Die Debatte in der belgischen Kammer über die Mitarbeiter der während des Krieges in Holland erschienenen Halbwochenschrift „Le Socialiste Belge“, die in Französisch und Flämisch herauskam, hat, wie Brüssel-Depechen heute vormittag ankündigen, bereits Folgen gezeitigt. Justizminister Vandervelde hat Strafverfolgung wegen Defaitismus genehmigt gegen die beiden ehemaligen Redakteure dieses Blattes Jamar und Longville sowie gegen den als Herausgeber der Halbwochenschrift bezeichneten Camille Huysmans, Generalsekretär des Internationalen sozialistischen Bureaus. Jamar und Longville sowie Huysmans sind Kandidaten der sozialistischen Partei in Antwerpen für die kommenden Kammerwahlen.

Die Weltmarktpreise.

Von den Vertretern der Freihandelstheorie wird mit großer Lebhaftigkeit nicht nur die restlose Aufhebung der Zwangswirtschaft gefordert, sondern auch der Preisausgleich mit dem Weltmarkt für notwendig erachtet. In der Regel versuchen die Vertreter dieser Forderung den Eindruck zu erwecken, als ob unsere Inlandspreise weit unter dem Niveau derjenigen des Weltmarktes ständen. Diese irrige Auffassung kommt daher, daß man regelmäßig bei allen diesen Betrachtungen die Valutadifferenz, die zu unseren Lasten zu schlagen ist, als den Weltmarktpreis hinstellt. In Wirklichkeit sind die Differenzen in der Preisbildung zwischen uns und dem Weltmarkt, wenn man die Valutadifferenz ausschaltet, sehr gering, nicht selten sind die Preise bei uns sogar etwas höher als auf dem Weltmarkt. Getreide, Fleisch und andere Lebensmittel stehen in den hauptsächlichsten Ländern, nach dem Werte der Kaufkraft des Geldes genommen, genau auf der Höhe, wie unsere durch Höchstpreise in der Preisbildung beeinträchtigten Waren. Dagegen haben alle Länder mit ungünstiger Valuta, wenn sie in der Währung ihres Landes auf dem Weltmarkt Zahlung leisten müssen, einen Aufschlag zu begleichen, der bei uns gegenwärtig rund das Fünffache des Weltmarktpreises ausmacht.

An diesen Weltmarktpreisen sollen wir nach der Auffassung des Abgeordneten Gothein, wie er in einem Artikel des „Berliner Tageblatts“ vom 19. d. Mts. darlegt, uns schrittweise annähern, wenn wir nicht, wie er prophetisch hinzusetzt, dem Staatsbankrott zuweilen wollen. Diese liberale Freihandelspolitik, die sich unter so abnormen Verhältnissen, wie wir sie gegenwärtig zu verzeichnen haben, durchsetzen will, wird uns die in Aussicht gestellte Rettung nicht bringen. Im übrigen: wenn jeder Prohibitoren über den wirtschaftlichen Bankrott, der von jener Seite uns angedroht wurde, zur Tat geworden wäre, dann wäre Deutschland längst am Ende seines politischen und wirtschaftlichen Daseins. Solche Uebertreibungen gehen nur dem Ausland Anlaß, sich über unsere inneren Verhältnisse ein sehr unzutreffendes Bild zu machen und die vom Ausland hier weilenden Fremden sind nur regelmäßig übermäßig, wie wenig die Prohibitoren des Zusammenbruchs mit den Tatsachen übereinstimmt. Immerhin tragen solche Schilderungen, die man ständig in der bürgerlichen Presse antreffen kann, und bald von dieser, bald von jener Interessentengruppe beeinflusst sind, nicht gerade zur Hebung unseres Kredits im Auslande bei.

Wir müssen an den Weltmarktpreis heran, so lautet das Schlagwort, obwohl eigentlich unsere Wirtschaftspolitik vor dem Kriege darauf hinausgegangen ist, insbesondere auf dem Lebensmittelmärkte uns die Konfurrenz des Weltmarktes durch hohe Schutzzölle vom Hals zu halten. Wir haben unter diesem System in Deutschland immer unser Brot zu höheren Preisen kaufen müssen, als z. B. der englische Arbeiter. Wenn jetzt die Regierung glaubt, das umgekehrte System aufrecht erhalten zu müssen, so hat sie dafür sehr gute Gründe.

Was bedeutet gerade beim Brot die Annäherung an den Weltmarktpreis, wie sie Gothein verlangt? Daß von Amerika eingeführte Wehl kostet der Reichsgetreidestelle pro Kilo ungefähr 4.50 M. Der Preis kommt auf diese Höhe, weil die Valutadifferenz das Fünffache des eigentlichen Preises erfordert. Wir hätten mithin sonst einen Weltmarktpreis von 0.90 M. das Kilo. Unser inländisches Wehl wird nach der neuen Preisbestimmung ungefähr 0.70 M. pro Kilo kosten. Wir wären also nicht weit entfernt vom Weltmarktpreis, denn die Differenz, die noch besteht, bilden im wesentlichen Transportkosten. Nun verlangt der liberale Freihandelstheoretiker allmähliche Annäherung an den Weltmarktpreis von 4.50 M. Das würde bis zum vollständigen Ausgleich einen Preis für das 4 1/2-Pfund-Brot, das gegenwärtig in Berlin gegeben wird, einen Preis von 11.25 M. bedeuten; gegenüber der jetzigen Preislage von 1.95 M., die vom Magistrat festgesetzt ist, würde eine fünfköpfige Familie an Brot allein in der Woche 56.25 M. auszugeben haben. Man braucht nur diese Summe zu nennen, um sich das ganz Unverständliche dieser liberalen Forderung zu vergegenwärtigen. Aber Herr Gothein verlangt, wir müssen allmählich die Annäherung an diesen Weltmarktpreis vollziehen. Darf man annehmen: vielleicht in der Weise, daß monatlich der Brotpreis — sagen wir — um eine Mark erhöht wird? Wir hätten dann also rund neun Monate lang eine Preissteigerung von einer Mark jeden Monat durchzuführen. Angenehme Aussichten für die Regierung, deren „politischer Weitblick“ wohl kaum irgendwo Verständnis finden würde. Denn was diese fortgesetzte Preissteigerung für Folgen an politischer Aufreizung, an Lohnbewegungen zeitigen müßte, braucht hier nicht dargelegt zu werden.

Aber nun die Rückwirkung auf die Produzentenpreise. Die Steigerung der Preise der wichtigsten Lebensmittel um ungefähr das Fünffache wäre so unmöglich, daß keine Regierung diese Verantwortung übernehmen kann und

sicherlich auch in den verständigen Kreisen der Landwirtschaft gegen eine so ungeheure Gefaltung der Wirtschaftslage Einspruch erhoben würde. Die weitere Folge wäre, daß bei dieser ganz künstlichen Preissteigerung die Kaufkraft des Geldes im Inland abermals erheblich sinkt, der Umlauf der Zahlungsmittel sich um ein Vielfaches steigern würde und damit erst Erschütterungen im Wirtschaftsleben eintreten müßten, die alles bisher Dagewesene überschreiten. Herr Gothein wendet sich gegen die Anwendung der Preisfestsatzung für Lebensmittel aus Staatsmitteln. Gewiß hat diese Zuweisung ihre sehr bedenklichen Seiten. Wenn er dagegen erklärt, daß die natürliche Verteuerung der Lebenshaltung durch entsprechende Löhne und Gehälter ausgeglichen werden müsse, so würde sich dabei die Belastung der Reichskasse, der Einzelstaaten und der Kommunalverbände kaum geringer gestalten, als die Aufwendungen heute aus Reichsmitteln. Das Beispiel, daß England und Frankreich Preisfestsatzung für Brot gleichfalls vorgenommen haben, behagt Herrn Gothein nicht, er glaubt, daß diese Staaten nicht lange mehr diesen Zustand aufrecht erhalten. Gerade dieses Beispiel ist für uns außerordentlich lehrreich. Beide Staaten zahlen nicht annähernd den hohen Preis für Getreide auf dem Weltmarkt wie wir, weil ihre Valuta sehr viel günstiger steht als die deutsche. Dennoch genährt Frankreich zur Senkung der Brotpreise einen jährlichen Zuschuß von 1/2 Milliarden Frank und England senkt den Brotpreis auf zwei Drittel des natürlichen Wertes. Wenn diese Staaten im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation sich zu solchen Maßnahmen gezwungen sehen, so läßt sich die Forderung für Deutschland noch viel nachhaltiger begründen.

In einem zweiten Beispiel, das Herr Gothein anführt, kommt er auf unsere Kohlenpreise und will auch diese auf den Weltmarktpreis bringen. Ob diese Doktor-Eisenhart-Kur unsere deutsche Industrie aushalten kann, erscheint sehr fraglich. Wir werden gute amerikanische Steinkohle zum Preise von 800 M. die Tonne beziehen können, das heißt das Zehnfache des Inlandpreises. Kommen nun für unsere Industrien noch die Erhöhungen der Rohstoffe hinzu, so würde sie sehr schnell die günstige Stellung für den Export verlieren. Die Hoffnung, daß durch einen vermehrten Export und damit eine bessere Handelsbilanz unsere Schulden im Ausland schneller abgetragen würden, ist eine arge Täuschung; im Gegenteil, das Schuldverhältnis könnte drückender werden. Wir würden uns bei langsamer Abtragung einer Schuld durch den Export und ihrem gleichzeitigen Anwachsen durch hohe Preisgestaltung auf dem Inlandmarkt nur im Kreise drehen. Die liberale Wirtschaftstheorie in ihrer Reinheit, wie sie von Herrn Gothein und einigen seiner Partei vertreten wird, paßt nicht für die gegenwärtige Zeit. Die Herren übersehen, daß in unserem Wirtschaftsleben Umwandlungen sich vollzogen haben, die durch ihre alten ehrbaren Theorien nicht zu beseitigen sind.

Die Hinrichtung eines Halbtoten.

Hierzu Denoit war, wie so viele andere, von einem Pariser Kriegsgericht wegen Einverständnis mit dem Feinde zum Tode verurteilt worden. Nach einem Genfer Bericht des „Berl. Tagbl.“ berichtet die Pariser Presse über die (von uns schon gemeldete) Hinrichtung:

Denoit sollte schon vor mehreren Wochen erschossen werden, machte aber damals wichtige Erklärungen, so daß man die Hinrichtung verschob. Seit jener Zeit ist Denoit vollkommen zusammengebrochen. Er lag gelähmt im Bett und blieb tagelang ohne Besinnung. Der Entschluß Boicarsés, von seinem Gnadenrecht nicht Gebrauch zu machen, hat deshalb allgemein überrascht. Der Verurteilte mußte, bevor er die Zelle verließ, Morphium bekommen. Dann wurde er von vier Wächtern ins Automobil getragen, das ihn nach Vincennes brachte. Am Eingang des Forts hatte sich eine Menge angesammelt, die bei der Einfahrt wühlende Schreie ausstieß. Während der ganzen Fahrt sah neben Denoit ein Arzt, der ihm dauernd den Puls fühlte, ob er überhaupt

Romain Rolland.

Ein Vortrag von Stefan Zweig.

Der Wiener Dichter Stefan Zweig, der dem Friedensziel während der Blutjahre inbrünstig diente, sprach gestern vormittag in der „Arbühne“ über Romain Rolland. Er ging davon aus, wie bei dem großen französischen Dichter Werk und Leben eine Einheit bilden, wie seine Ideen nicht nur Formulierung bedeuten, sondern Erfüllung. Und man stelle Stefan Zweig in sehr eindringlicher, dabei ganzinniger Weise das Bild eines jungen Menschen vor seine Füße, der, 1866 geboren, in einem Lande der Niederlage, der Renaissance-Kindheit und Jugend verlebte. Er führte aus, daß man nur an das Geschick unseres Vaterlandes zu denken brauche, um sich zu vergegenwärtigen, von wieviel Dvoispalt Geistigkeit und Idealismus damals gerissen wurden.

Aus diesem Gefühl der Herrichtung führen zwei Wege in die Zukunft: der der Abwände und der der Entwertung des Unterlebens durch das Geistige. Diesen aber beschritt Rolland, und zwar gab es in seinem Leben ein Ereignis, das ihn dieser Auffassung untrüglich verführte. Der 25jährige Rolland las, glühender Verehrer Tolstois, eines Tages dessen Schrift „Was sollen wir denn tun?“, in der Tolstoi u. a. auch Beethoven verwirft. Rolland, dem Musik alles behütet, Musik jenes einzige Element, welches losgerissen ist vom Gefängnis der Sprache, wie Zweig es nannte, war verzweifelt, da es galt, entweder die Musik oder Tolstoi zu verlassen. In diesem Widerstreit der Empfindungen schrieb er an Tolstoi und empfing eine 88 Seiten lange Antwort, die die Art der „Lieber Bruder“ trug, und die von dem Bedürfnis getrieben war, dem Zweifelsenden zu helfen. Dieser Brief war es, der in Rolland den Gedanken festigte, auch seinerseits sich der Idee des Helfens zu widmen. Und aus diesem Willen, die Welt harmonisch zu einem, konnten ihn auch alle schmerzlichen Erfahrungen nicht reißen, denen er nun angeheft war. Das Fehlen wurde seine Tat. Jahresrechnung blieb er ungehört; ein Unbekannter, dessen Dramen man nicht druckte, nicht aufführte. Da verfuhr es Rolland auf andere Art, den Menschen dem Menschen zu weihen. Er schreibt seine Biographien über Beethoven, Michel Angelo, Tolstoi und hat auch hier zum Erfolg das Scheitern seiner Wünsche. Ein drittes Mal ändert er die äußere Form, und nun schrieb er den geschäftigen Roman „Jean Christophe“, der einen deutschen Musiker zum Helden hat, der zum Symbol der notwendigen Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich werden, der beweisen sollte, wie die Völker einander bedürfen. Stefan Zweig dachte auf, wieviel Strömungen in dem Beginnen solcher Handlung lag, ein europäisches Buch zu gestalten, ein Buch in Französisch, das den Deutschen geradezu feierte.

noch lebte. Da der Besondere nicht stehen konnte, wurde er an der Hinrichtungsstätte auf einen Stuhl gesetzt und dann der immer wieder zusammenbrechende Oberkörper mit einem vier Meter langen Strick an einen Pfahl geschnürt. Es scheint, daß diese Vorbereitung auf die Soldaten Eindruck gemacht hat. Sie zitterten unruhig, und man sah, daß nach der Salbe der Körper sich noch bewegte. Erst ein auf zwei Schritt abgegebener Gnadenstoß in den Unterleib führte den Tod herbei.

Gemeindevertreter-Konferenz der S. P. D.

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter von Groß-Berlin traten am gestrigen Sonntag zu einer Konferenz zusammen. Der Ausschuss für Schul- und Erziehungsfragen hat sich mit der Frage der Elternbeiträge beschäftigt und Leitsätze aufgestellt. Sie wurden gestern der Vollversammlung vorgelegt mit einem begründenden Referat des Stadtrats Prof. Dr. Reich-Schöneberg. Noch kurz vor der Revolution hatte der damalige Kultusminister durch Erlass vom 1. Oktober 1918 Elternbeiträge und Schulausschüsse festgesetzt. Jener durchaus reaktionäre Erlass soll ersetzt werden durch einen neuen, dessen Entwurf vor wenigen Tagen im Ministerium unter Hinzuziehung von Vertretern der Lehrerschaft beraten worden ist. Im Gegensatz zu den sozialistischen Lehrern haben dabei alle Lehrerorganisationen auf die besondern Wünsche der Lehrer Gewicht gelegt. Wir wollen zu den Elternbeiträgen die Lehrer nicht als Mitglieder, sondern nur als Gäste zulassen. Der neue Erlass wird sich im wesentlichen den Forderungen unserer Schul- und Erziehungsausschüsse anschließen. Der Referent erläuterte dann einige Hauptforderungen der von dem Ausschuss vorgelegten Leitsätze. Zur Umwandlung der Schulen in lebensvolle Erziehungsgemeinschaften sollen auch die Elternbeiträge beitragen, indem sie den Eltern eine Mitarbeit und Einflussnahme ermöglichen. Sie sind zu schaffen durch völlig demokratische Wahlen, durch geheime Verhältniswahlrecht aller Eltern der Schüler einer Schule. Sie betreffen sich in öffentlicher Sitzung hauptsächlich mit den baulichen, hygienischen usw. Einrichtungen der Schule, mit der Ausgestaltung des Schulbetriebs (Berufunterricht, Arbeitsschule, Lehr- und Lernmittel, Schülerbücherei, Spielfrage usw.), mit der Schulordnung, den Unterrichtsmethoden, der Erziehungsweise, mit Berufsberatung, Jugendpflege und -fürsorge, sozialpädagogischen Maßnahmen (Ernährung, Ferienkolonien usw.), in geschlossener Sitzung unter anderem mit Beschwerden gegen Lehrpersonen, mit eventuellem Einspruch gegen die Wahl des Schulleiters. Den Mitgliedern des Elternbeirats soll das Recht zustehen, dem Unterricht beizuwohnen. Die Richtlinien sehen für größere Orte oder Bezirke auch Zusammenfassung in Ortselternbeiräten vor, ferner Provinzialelternbeiräte und einen Staatelternbeirat. Kein Schulgesetz, keine Verordnung, keine Maßnahme oder Verfügung von allgemeinem Interesse für die Schule soll in Kraft treten, bevor die zuständige Instanz, der Elternbeirat, darüber gehört worden ist. Der Staatelternbeirat hat das Initiativrecht für Gesetze in Schul- und Erziehungsfragen. Der Referent schloß mit der Forderung, für eine möglichst radikale Schulpolitik zu agitieren. Damit werde unser Minister Haenisch nicht geschwächt, sondern gegenüber dem Zentrum und den Demokraten gestärkt.

In der Diskussion wurde die Wahrung des Referenten, schon jetzt die Wahlen zu den Elternbeiräten vorzubereiten, von mehreren Rednern unterstützt. Meinungsvielfachheiten bestanden über die Forderung der Zulassung des Elternbeirats zu den Unterrichtsstunden. Die Befürchtung, daß da Störungen entstehen könnten, wurde von mehreren Rednern geäußert, von anderen (darunter auch von Lehrern) als unbegründet zurückgewiesen. In Adlershof soll schon in aller nächster Zeit in einer Gemeindefebule ein Versuch mit Zulassung von Eltern gemacht werden. Stadtr. Rektor Wille-Neufeld teilte aus dem Ministerium mit, daß der Erlass vielleicht schon in acht Tagen herauskommt. Alle Forderungen der Richtlinien werde er nicht erfüllen können, weil wir eben eine Koalitionsregierung haben. Aber im ganzen werde man damit zufrieden sein können. In der Abstimmung wurden die Leitsätze einstimmig genehmigt. Angenommen wurde eine von Dr. Reich vorgelegte Resolution, die den Minister um sofortige Außerkräftsetzung des alten Erlasses vom 1. Oktober 1918 ersucht und für den neuen Erlass die Forderung des Verhältniswahlrechts und der Sicherung hinreichenden Einflusses der Eltern betont. Das Ministerium soll auf Schärfe darauf hinweisen, daß

bei den Elternbeiträgen die Rechte sich jeder Direktion und indirekten Einflüsse enthalten müssen. Eine zweite von Dr. Reich vorgelegte und gleichfalls angenommene Resolution ersucht den Zentralvorstand der S. P. D., möglichst bald und jedenfalls noch vor der allgemeinen Reichsschulkonferenz eine Konferenz aller in der Parteiorganisation tätigen männlichen und weiblichen Pädagogen und Bildungspolitiker zur Hörenden Aussprache und Beschlußfassung über das Schul- und Bildungsprogramm der Partei einzuberufen. Der Parteivorstand soll dahin wirken, daß zur allgemeinen Reichsschulkonferenz die Vertreter nicht nach der Stärke der zum größten Teil auf die Politik der bürgerlichen Parteien festgelegten Lehrerorganisationen, sondern nach der Stärke der politischen Parteien berufen werden. Aufgenommen wurde schließlich noch dem Antrag, daß der Schulausschuss Richtlinien für die Elternbeiträge ausarbeiten soll.

Über die Sozialisierung des Schulbuchhandels referierte Stadtr. Dr. Witte-Berlin. Die von ihm erläuterten Leitsätze des Schulausschusses hoben hervor die Möglichkeit billigerer und besserer Herstellung, der Beseitigung des Monopols von Schulbuchverlegern, der Ausschaltung aller kapitalistischen Interessen, der schnelleren Beseitigung hauswirtschaftlicher, militärischer und sonstiger Einflüsse, der zielbewußten und systematischen Verbesserung der Schulbücher unter Berücksichtigung aller Fortschritte und Reformwünsche. Die Zahl der Schulbücher soll möglichst beschränkt werden. Die Auswahl soll in jeder Schule in einer Fachkonferenz nach Aussprache mit den Elternbeiräten erfolgen. Mit der Sozialisierung des Schulbuchhandels soll die unentgeltliche Lieferung der Bücher für die Schulkinder eingeführt werden. Nach einer kurzen Diskussion, in der auch die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden betont wurden, fanden die Leitsätze einstimmige Annahme.

Der Sozialisierungsausschuss hat Richtlinien für die Sozialisierung entworfen. Stadtr. Dr. Siriemer-Berlin führte zu ihrer Begründung aus: Vor dem Kriege waren wir uns darüber einig, daß die Sozialisierung sich einmal von selbst als notwendige Entwicklung ergeben würde. Aber zwischen 1914 und 1919 liegt eine gewaltige Kluft, und manches, was damals richtig war, trifft heute nicht mehr zu. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind völlig anders geworden, wir haben einen Zusammenbruch erlitten, Deutschland befindet sich sozusagen im Stadium des „Ausbaukaufs“. Wenn ich die planmäßige Zusammenfassung aller Kräfte heute nötiger als je. Aber nicht nur die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich geändert, sondern auch — was noch furchtbarer ist — die ganze geistige Verfassung, die Moral des Volkes. Dieser Punkt wird von den allermeisten, die heute mit dem Schlagwort „Sozialisierung“ um sich werben, übersehen. Sozialisierung ist eine technisch-organisatorische Aufgabe, erfordert aber ein Menschennaterial, das willig ist, Opfer zu bringen und sich im Sinne des Sozialismus umzustellen zur Bereitschaft, fremdes Eigentum wie das eigene zu achten und zu behandeln. Wir stehen daher, endlich stand an die Sozialisierung zu legen. Ohne Richtlinien werden wir nicht anfangen können, wenn auch in der Praxis sich noch Schwierigkeiten ergeben werden. Die Richtlinien des Ausschusses bestimmen die Sozialisierung als Unterstellung von Teilen der Volkswirtschaft unter einheitliche Leitung, auf die die Volksgemeinschaft ständig einwirkenden Einfluss ausübt. Sie kann durchgeführt werden als Verstaatlichung, als Kommunalisierung, als Planwirtschaft. Zweck ist die Befreiung der Schichten, die in der freien Wirtschaft aus der Verfolgung der kapitalistischen Sonderinteressen auf Kosten der Volksgemeinschaft sich ergeben, die planmäßige Bedarfsdeckung nach dem ökonomischen Prinzip des geringsten Aufwandes an Kraft und Zeit, damit die Lebenshaltung des ganzen Volkes gehoben wird. Mittel zur Sozialisierung sind die geistige Umstellung des Volkes, die Befreiung des Gegenstandes zwischen privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Interessen, ferner die praktisch-organisatorische Schaffung von Zentralstellen, die den planmäßigen Zusammenschluß schnellstens in die Wege leiten und durchführen, weiter geistliche Bestimmungen. Der Gang der Sozialisierung ergibt sich für die einzelnen Gemeinde aus dem Grad ihrer Bedeutsamkeit für die Allgemeinheit und der Dringlichkeit der Bedürfnisse (Nahrung, Kleidung, Wohnung usw.). Referent betonte, daß durch die Sozialisierung die Bedarfsdeckung nicht etwa verdrängt, andererseits auch das Wirtschaftsleben nicht gekürzt werden dürfe. Er schlug für Groß-Berlin eine Zentralstelle für Sozialisierung vor, die vom Magistrat Berlin unter Beteiligung der übrigen Gemeinden zu schaffen wäre. Sie wäre einem Sozialisierungsausschuss aller Gemeinden zu unterstellen, der nach den oben angezeichneten Richtlinien zu arbeiten hätte.

Die Debatte und Beschlußfassung wurde auf eine nächste Konferenz vertagt.

Ein Jahr nach der Vollendung des Werkes brach der Krieg aus, und nun konnte Rolland, der in der Schweiz sich befand, beweisen, daß er für seine Worte stand. Zweig wies darauf hin, wie erfindlich in diesem Krieg der Geist kapitalisierte, auch die Künstler sich vor dem Geheißnis beugten. Rolland indes, kämpft von aller Welt, verachtet von den Landstrolächern, sucht einen Kampf um den Sieg der Vernunft, ebenso gegen die Idee Ludendorff wie die Clemenceaus, einen Kampf, dessen Schwierigkeit bereits das Heute nicht mehr zu ahnen vermag, da es leicht geworden, zugleich vaterländisch und international zu sein. Für diesen Kampf gebührt Rolland unser aller Dank.

Zweigs Ausführungen, an klugen Bemerkungen reich und voll musikalischer Sprachempfindung, ernteten lebhaften Beifall des bis auf den letzten Platz gefüllten Hauses. Alldann las Max Freud für Rolland den „hingeschickten Kollern“ gewidmeten Aufsatz. Er las ihn leider mit einer Befesung, die dem Bilde widersprach, das Zweig von Rollands geistigem Wesen gezeichnet hatte. Worte, die schon durch ihren Sinn hart sind, braucht man nicht mit gewaltigen Tönen zu beladen.

In der Staatsoper zeigte der Tenorist Laube vom Dresdener Theater als Graf Almooda (im „Barbier von Sevilla“) zum zweitenmal, was er kann und was ihm fehlt. Er besitzt eine schöne, weiche, klare Stimme, die im Piano und in der Mittelstimm ausdrucksvoll klingt, in der Höhe aber nicht an Kraft, so doch an Ausgeglichenheit und Farbe verliert. Er spricht gut, bewegt sich gezwungen und läßt spielerisch überhaupt noch Freiheit und Selbstbewußtsein vermischen; eine gesunde Begabung für das Schöne, sollte ihn verpflichten, Schladen seiner Technik zu beseitigen. Die Aufführung dieses Willkür, von Louisa, Erfindung und Spieltheater überprüfenden Werks war matt, um nicht zu sagen: langweilig. Wie viel hing alles an dem Dirigentenstab Wrats, die Tempi konnten nicht mehr verschleppt werden. Dumortos das Aichern und Scherzen der Instrumente, gram die Szene, ungeschmeidig die Solisten und Chöre. Virgilt Engels könnte eine Rosine sein, wenn sie nicht zu frei mit Tönen und Verzerrungen umginge, so frei, daß zuweilen die Melodie gar nicht mehr erkennbar wurde. Aber sie häßte doch wenigstens und ahnte den Charme ihrer Manier. Der Rigoro Sabich war gefänglich und im Zukunft der Dramatik nicht glücklich genug, der Bassist Schwundt gar grotesk, aber nicht so erfindlich in Einzelheiten, wie es der Kofferierte Bah erlaubt hätte. Eingig der Barolo Stodts in seiner häßlichen, bitter-humorosen Art konnte ganz erziehen. Wir fühlten sonst nirgends, daß wir in Italien, daß wir bei Rossini, dem Schwan von Paris, ja, daß wir in dem alten Opernhaus an Galle waren. Und es sollte doch dortwärts, nicht rückwärts — war derproben. Wir hatten uns an den Willen und Lehren diese Viertelstunde ab.

Ein Steinzeitmenschen in der Gegenwart. Einen sonderbaren Versuch hat ein schwedischer Gutbesitzer D. Smedberg durchge-

führt: Er hatte sich vorgenommen, mehrere Monate in der Natur zu leben, ohne andere Werkzeuge als solche aus Feuerstein und daraus hergestellte Gerätschaften und Hausgerät, das er sich selber aus Knochen, Holz und Lehm herstellte, zu benutzen. Einige Sommermonate hindurch führte Smedberg das Experiment durch. In einem Vortrag, den er kürzlich in Stockholm hielt, schilderte er, wie er mit der Feuersteinart Bäume fällt, um sich eine dauerhafte Holzunterstützung zu bauen, und wie er sich mit Feuersteinwerkzeugen Angelhaken aus Knochen und Gerätschaften für die Jagd und den Fischfang herstellte. Aus Lindenholz flocht er sich Stricke und fertigte Rehe an. Aus Holz und Schilfröhre wurde ein Pfahl für den Fischfang auf dem See gebaut. Sein einziges Haus war eine Hütte mit zwei Juncen. Außer von der Milch vieler Hiege lebte Smedberg von Wurzeln, Pilzen, Wild, das er erlegte, und Fischen, die er angelte. Er zeigte seinen Hörten eine Anzahl der von ihm hergestellten Gerätschaften; besonders Interesse erweckte die reiche Sammlung von Kontrügen im reinen Steinzeitalter in originellen Ornamenten.

Die Schnapsklänge. Auch das englische Neufundland ist, gleich dem übrigen Amerika, „trodengelegt“, d. h. jeder Alkoholverkauf ist außer zu ärztlichen Zwecken, streng verboten. Nach St. Johns kam nun eines Tages — so erzählt ein englisches Blatt — ein Fremder, der auch trodengelegt, aber so begierig nach einem Drink war, daß er fast wie ein verführtes Kamel ausah.

„Das einzige Mittel, einen Drink zu erhalten“, sagte der Baptistenprediger, „ist, sich von einer Schlange beißen zu lassen.“ „Ja, dann ist man aber ein toter Mann“, sagte der Fremde. „I bewahre“, antwortete der Prediger. Zwei Häuler von hier wohnt ein Mann, der eine junge Schlange besitzt, die ebenso ungefährlich wie ein Kamelin ist. Ich habe mich selbst schon oft beißen lassen.“

Darauf gab ihm der Prediger seine Besuchskarte. „Geben Sie das dem Verkäufer; bezahlen Sie und Sie werden genesen. Dann laufen Sie sofort in die Apotheke, wo Sie eine Flasche Whisky bekommen.“ Der Fremde bogab sich zu dem Schlangendeiler und klopfte an die Tür.

„Haben Sie eine Schlange, Herr?“ fragte der Fremde. „Ja, ich habe ein sehr hübsches Exemplar. So ganz und mit so weichen Rund wie ein Säufling.“

„Kann ich einen Whisky bekommen, Herr?“

„Sehr gern können Sie einen Whisky haben; aber Sie müssen so lebenswürdig sein, zu warten; denn die Schlange ist bereits für die nächsten sechs Wochen abonniert!“

Wolffs Kaffischer Knecht, der den großen Graf der Philharmonie in Anspruch nahm, hatte wohl äußerlich, aber nicht innerlich volle. Der Massenauflauf bei Wolff ist Reflexwirkung, steht aber nicht in geradem Verhältnis zu der Leistung, die der Künstler am Konzertabend vollbringt. Zwischen dem Bühnenarbeiter und dem Gedichtprediger Wolff (er spricht nicht frei, er liest) liegen viele Stufen. Dies handelt sich um zwei Arten künstlerischer Gestaltung, die ganz verschieden sind. Die leidenschaftliche Bewegtheit, die dem Bühnenkünstler suggestive Wirkungen sichert, reicht nicht aus

Heeringens Gespenster.

Zu dem in unserer Sonntagsausgabe erwähnten Vortrag des Majors von Heeringen wird uns von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt:

Es ist der Regierung hinreichend bekannt, daß sich ansehnliche Gruppen unter der Regide der sozialistischen Bewegung gebildet haben, die ihre zukünftige Aufgabe in der bewaffneten Unterdrückung der geplanten Umsturzgewegung von links erblicken. Entsprechend dieser Ansicht sind diese Gruppen auch fortgesetzt bemüht gewesen, sich in den Besitz von Waffen zu setzen. Insofern enthalten die Mitteilungen des Majors von Heeringen also einen richtigen Kern. Wenn er jedoch davon sprach, daß man allein für Berlin aus den Reihen des „Revolutionsären Arbeiterbundes“ und der „Kampfbewegung Klassenbewußter Arbeiter“ auf eine hohe fünfstellende Zahl von Kämpfern rechnen müsse, die im Falle eines Aufstandes in Aktion treten würden, so müssen doch diese ziffermäßigen Angaben als außerordentlich stark übertrieben bezeichnet werden. Der Regierung und den ihr mit der Wahrnehmung des Schutzes der öffentlichen Ordnung betrauten Stellen wäre es nicht entgangen, wenn diese Kampforganisationen mit Panzerautomatiken ausgerüstet wären. Derartige Kampfmittel lassen sich doch nicht so leicht in Arbeiterwohnungen verbergen wie Gewehre, Handgranaten und Maschinengewehre, von denen aus der Zeit der letzten Unruhen zweifellos noch eine Anzahl sich im Besitz putschführender Elemente befindet.

Sollte vielleicht durch Herausbeschaffung des bolschewistischen Gespenstes der Boden für einen kommenden monarchistischen Vorkoch bereitet werden?

Kleine politische Nachrichten.

Haas's Befinden. Das Befinden des Abgeordneten Haase ist nach wie vor sehr bedenklich. Das Fieber war Sonntagabend wieder gestiegen, ist jedoch Sonntagvormittag etwas heruntergegangen.

Zur Abstimmung in Obersachsen. Die „Vereinigten Verbände heimatsortlicher Obersächser“ bitten um Mitteilung, daß am 20. Oktober im Lehrervereinshaus eine öffentliche Versammlung der Obersächser gewechselt über Abstimmungsfragen stattfinden. Es wird auf Beteiligung aller ober-sächsischen Vereine und Verbände gefolgert, politischer und gewerkschaftlicher Art gerechnet.

In englischer Gefangenschaft. Nach den englischen Blättern wurde in der Unterhandlung vom 23. mitgeteilt, daß sich am 20. Oktober noch 72.065 Kriegsgefangene in England befinden.

Entlassung des Braunschweiger Polizeipräsidenten. Die nächsten Vorgänge der letzten Tage, namentlich der Handgranateneingriff auf das Kreisgefängnis, haben zur Entlassung des Polizeipräsidenten Tappe geführt. In seinem Nachfolger wurde der Kreisdirektor Hoffmeister in Holzminden ernannt. Mit dem Tode Tappe ist der letzte Rest der Kerges-Derterschen Gewalt Herrschaft beseitigt worden.

Zwangversicherung gegen Arbeitslosigkeit in England. Dem Parlamentsberichterstatter der „Times“ zufolge bereitet die britische Regierung einen Gesetzentwurf vor, der die Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit auf der Grundlage eines allgemeinen Vertrages vorzieht. Auf diese Weise hofft die Regierung, das schwierige Problem der Arbeitslosenunterstützung, das dem Staat soviel Geld kostet, zu lösen.

Der Gesetzentwurf betreffend das Reichstaxenposten wurde am Donnerstag im Steuerausschuß der Nationalversammlung in zweiter Lesung mit 17 gegen 4 Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Schieberhandel mit Schlafwagenplätzen. Es dürfte nicht uninteressant sein, festzustellen, daß man Schlafwagenplätze im Schieberhandel gegenwärtig mit 100 M. bezahlt. Man sollte die Schlafwagenplätze ein bißchen revidieren!

Rückkehr zur Abstimmung. Die französische Regierung hat Maßnahmen getroffen, daß mehrere tausend Kriegs- und Zivilgefangene, die aus Schleswig stammen, heimgeführt werden können, um an der Abstimmung in Nordschleswig teilnehmen zu können.

am Vortragstisch, wo die Stimme alles allein besitzenden muß. Köpfe ist kein König. Das Schwelgen, Wogen, Stängen, Fiebern seiner Stimme kann wohl Farbe geben, aber es trifft nicht die seelische Handlung, die jedem guten lyrischen Gedichte einwohnt und stimmlich in ihrer eigenartigen Architektur herausgeformt werden muß. Deshalb ist Köpfe nur wirksam, wo gefühlsmächtige Stimmung einheitlich vorherrscht, und er wird gering, wo sich Vorgänge einer reich bedachten Handlung zeigen. So würde denn ein Gedicht wie Goethes „Gott und die Majestäten“ ein Gemisch von Stolz und Schwach, und Schillers „Kraniche des Nubus“ Mieben geistlicher Mittelweg. Aber auch die tiefe Innerlichkeit so wunderbarer deutscher Lyrik wie Eichendorffs „Es schienen so golden die Sterne“ und wie Goethes „Märlchen“ konnte Köpfe nicht aufleimen lassen; sie verdarb an seiner rauschladenden Leidenschaftlichkeit (und an dem kindhaften Mißgriff, solche feinsten Besinne einem Nischenaal einzuweisen zu wollen).

Wie eine Probe auf den Geist des Publikums, das den Raum bis in fernste Winkel ausfüllte, wie die heineche Satire „Der tugendhafte Hund“. Die Einleitung in dieses Programm war brav und konnte wohl gelten als ein Zeichen von Köpfe's geistigen Revolutionsgewinn. Das Publikum aber ging auf diese Spottfabrik mit dem stärksten Mißfallen zu. Wie groß der Abstand der Vortragstisch Köpfe's von eigentlicher Vortragstisch ist, ließ sich indes gerade bei diesem Gedicht empfinden: in Erinnerung an andere, die es jüngst hier geiprochen haben. Und der folgende Abend brachte den lebendigen Vergleich mit einer anderen Volkkommenen des lyrischen Vortrags: mit Karl Langer, die im Westfalen das sojaniß-dreite erotische Naturbelieben der Dicht Franz Wehrlind in bildhafte Gestalten nachbildete. Hier erwieb der Respekt vor der Dichtung sich in einer Ausdrucksform, die deshalb stark überzeugend wirkte, weil sie in einem Ergreifen und Ausschöpfen der organischen eigenartigen Natur jedes Gedichtes wurzelte.

Wie heide ich mein Kind? Diese Frage beantwortet das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht durch eine Sonderausstellung, die den Schülern unserer Tage Rechnung zu tragen versucht. Sie ist im großen Saal des Gebäudes, Postdamer Str. 120, eingerichtet.

Ueber Franz Wehrlind und sein Schauspiel „Schiff Wetterstein“ spricht Theodor Kappeler am 29. Oktober, abends 7 Uhr, in der Aula des Wilhelm-Gymnasiums, Volkswartstr. 15.

Ein Schrei nach Wagner. Nach dem „Stolle Belge“ hat in einem der Konjunktur Amoureux in Paris ein Besucher plötzlich mit Stentorstimme gefragt: „Ich möchte wissen, wann man sich dazu entschließen wird, Wagner zu spielen?“ Darauf sei im Saal applaudiert und geplätschelt worden. Kapellmeister Ueberlind habe sich dem Publikum zugewandt und geantwortet: „Man wird bald Wagner spielen.“

Ein Denkmal Oswald Stiller's, ein Werk von G. Philipp, ist in Wien enthüllt worden. Oswald Stiller hebt es im Türkenkämpfer und heißt den Dichter im Mantel, den Schlapphut in der Hand, an einem Feldblod lehnd dar. Der Sockel zeigt zwei Kindergehaltem in Relief, einen lebenden Knaben und ein Mädchen, das Blumen in der erbobenen Hand trägt. Das Denkmal Stiller's war die Erziehung des Volkes und besonders der Jugend in den Idealen der Kunst und des Geistes. Bizebürgermeister Winter erklärte, daß die Stadt Wien das Denkmal neu bewahren werde als das eines Mannes, der durch seine nie verlassende Liebe zu den Menschen ein Vorbild eines Führers sei.

Groß-Berlin

Begrüßung der heimgekehrten Kriegsgefangenen.

Die Bezirksorganisation Groß-Berlin veranstaltete am Sonntag vormittag im Richard-Dörmal-Dichspieltheater eine eindrucksvolle Begrüßungsfeier für die heimgekehrten Kriegsgefangenen, denen ein hochwertiges künstlerisches Programm von ersten Künstlern geboten wurde. Die Festrede hielt der Vizepräsident der Nationalversammlung Genosse Loebe-Breslau. Er führte u. a. aus: Wenn der deutsche Arbeiter im kommenden Frühjahr bei den Wiederaufbauarbeiten in Frankreich mit dem französischen Bauer zusammenarbeiten werde, würden beide oft auf klaffende Schädellücken und Erkennungszeichen stoßen, die ihnen zeigen, daß dort die Ueberreste eines deutschen Kriegers geruht haben. Man darf nur wünschen, daß die Heimgekehrten recht bald die Brücke zu den veränderten Verhältnissen in der Heimat finden mögen. Loebe gedachte des schwer leidenden Abgeordneten Haase und fuhr fort: Der 9. November ist nicht von einer Organisation gemacht worden, sondern man hatte nur nötig, die Macht, die dem alten Regime aus den Händen gefallen war, aufzuheben. Die deutschen Fürsten haben damals nicht nur ihre Krone, sondern teilweise sogar ihr Vaterland verlassen. So wurde die Bahn frei für die neue Staatsgewalt. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist freilich einstweilen noch an keine Wiederaufrechterung zu denken. Man kann in dieser Beziehung nicht einmal auf eine baldige Befreiung hoffen. Die Regierung hat im Verein mit der Volksvertretung alles Menschlich mögliche getan, um die Kriegsgefangenen frei zu bekommen, aber Rohmittel haben dem Reich nicht zur Verfügung. Die Armee hat seit der Augustoffensive tagtäglich 10.000 Mann an Gefangenen verloren. Am Schluß hat Loebe die heimgekehrten Kriegsgefangenen herzlich mitzuarbeiten am Wiederaufbau des Reiches und mit der Regierung und dem gesamten deutschen Volk dahin zu wirken, daß nun schnell der letzte deutsche Kriegsgefangene nach Deutschland zurückkehre.

Die Unterbringung der Ententekommissionen.

Von den Zeitungsmedien über die Beschaffung von Hotels zur Unterbringung von Ententekommissionen ist ein wesentlicher Teil unzutreffend. Selbstverständlich hat die Regierung von vornherein versucht, die Unterbringung der Kommissionen angemessen, aber auch zugleich die schwere Finanzlage des Reiches berücksichtigend vorzunehmen. Sie hat aber bei den Vertretern der Ententekommissionen kein besonderes Entgegenkommen gefunden. Es wurde verlangt, daß die Kommissionen schon im Interesse ihres eigenen inneren Betriebes wirklich geschlossen untergebracht werden. Gute mittlere Hotels wurden abgelehnt, für die Unterbringung der Offiziere nur erstklassige Hotels verlangt; unter den zur Verfügung stehenden Räumen wurde eine sehr kritische Auswahl getroffen. Im Interesse der Reichsregierung liegt es, die Kommissionen möglichst geschlossen unterzubringen und zwar aus Gründen der Sicherheit, des Verkehrs und der Verpflegung. Daher sah sich die Regierung veranlaßt, zwei erstklassige Hotels, den Kaiserhof und das Edenhotel mit Beschlag zu belegen. Für die Unterbringung ihrer nicht im Offiziersrang stehenden Mitglieder haben die Ententekommissionen Kajernen abgelehnt; infolgedessen mußten die Hotels Sorona und Carlton beschlagnahmt werden. Entgegen einer Zeitungsmedien ist festzustellen, daß es der Regierung selbstverständlich bekannt war, daß das Carlton-Hotel außer Betrieb ist. Es sollten aber nach Möglichkeit die arbeitenden Hotels gespart werden; es wurde daher auf solche zurückgegriffen, die bereits jetzt dem Fremdenverkehr entzogen sind. Wenn bei dieser Anforderung auch auf das Personalbezugs genommen wurde, so sollte vorgebeugt werden, daß das vorhandene Fahrstuhl- und Hauswartinpersonal seine Stellen verliere. Uebrigens ist zu bemerken, daß die beiden für die Mannschaften in Aussicht genommenen Hotels nach der Ansicht der Ententekommissionen nicht ausgereicht hätten; infolgedessen wurde das Carlton-Hotel freigegeben und dafür das größere Tiergartenhotel beschlagnahmt. Aber auch diese Maßnahme hat sich als ungenügend herausgestellt, da bereits eine neue Anforderung von Räumen für weitere hundert Mann vorliegt. Auch an Offiziersräumen ist eine neue Forderung angemeldet mit der Begründung, daß die Räume des Kaiserhofes nicht ausreichen. Angesichts dieser Umstände erscheint es unwahrscheinlich, daß ein englischer Oberst die deutsche Regierung wegen ihrer Verschwendungssucht getadelt haben sollte. Es bleibt zu hoffen, daß die zu einem Teil durchaus zu begreifende Kritik, die an den geplanten Maßnahmen der Regierung geübt worden ist, die Möglichkeiten schafft, eine Nachprüfung der Nachrichten vorzunehmen. Es wäre wünschenswert, die Ententekommissionen so unterzubringen, daß besonders in den großen Hotels wenigstens ein Teil des Betriebes für Zwecke des Fremdenverkehrs freigehalten werden könnten. Das würde allerdings voraussetzen, daß die Ententekommissionen auf ihre des öfteren ausgesprochene Forderung, daß in den von ihnen bewohnten Hotels keinerlei Restaurationen oder Kaffeebetrieb oder auch nur Verkehr anderer Art sein dürfe, endgültig verzichten.

Lösung des Konflikts im Berliner Rettungswesen.

Zur Schlichtung der zwischen dem Groß-Berliner Verband für das Rettungswesen und den Rettungsgärtnern bestehenden Differenzen war die Vermittlung des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Wermuth angerufen worden. Unter seinem Vorbehalt hat kürzlich eine Verhandlung stattgefunden, an der Vertreter des beteiligten Verbandes und Vertreter der Groß-Berliner Vertragskommission teilnahmen. Es wurde sehr bald eine Einigung über die wesentlichsten Streitpunkte erzielt und zwar auf folgender Grundlage:

Bis zu einer etwaigen Neuorganisation des ärztlichen Dienstes beim Rettungswesen, die infolge des Ueberganges des Rettungswesens auf Groß-Berlin eintreten könnte, werden die zurzeit beim Rettungswesen tätigen Ärzte weiter beschäftigt werden. Es wird ein partielles Schiedsgericht zur Schlichtung aller entstehenden Streitigkeiten eingeleitet. Zwei im Rettungswesen tätige Vertreter der Rettungsgärtnere sollen an den Sitzungen des Verbandsausschusses des Groß-Berliner Verbandes für das Rettungswesen mit beratender Stimme teilnehmen. Als Honorar werden die von der Groß-Berliner Vertragskommission gewünschten Sätze ab 1. Oktober bewilligt.

Mit dieser Lösung, die dem Interesse aller Beteiligten gerecht wird, dürfte ein dauerndes gedeiliches Zusammenwirken zwischen dem Groß-Berliner Verband für das Rettungswesen und den bei ihm tätigen Ärzten gesichert sein.

Die Dummen werden nicht alle.

Einem großzügigen Abonnementschwindel hat die Kriminalpolizei in Lichtenfelde ein Ende gemacht, durch den rund 20.000 Angehörige der reichsbedeutenden Familien geschädigt worden sind. Am Mai dieses Jahres entstand in Lichtenfelde der Gulen-Verlag, dessen Inhaber eine

Frau Salomon war, während ihr Mann als Geschäftsführer zeichnete. Der Gulen-Verlag verstand zu Tausenden ein Propagandaschreiben, das sich an nationalgehinnte Kreise wandte und in dem die Gründung eines neuen Blattes „Der Hofnarr“ angekündigt wurde. Wie es in dem Schreiben hieß, sollte der „Hofnarr“ in der Form eines Wochenblattes den monarchischen Gedanken wieder in weiteren Kreisen zur Erkennung bringen. Gleichzeitig wurden auch Flugblätter und Broschüren empfohlen, die im Gulen-Verlag bereits erschienen waren, und die sich ebenfalls mit der Wiederherstellung der Monarchie befaßten.

Auf das Propagandaschreiben meldeten sich rund 20.000 Personen, welche das angekündigte Blatt bestellten und den Jahresbeitrag von 8,20 M. im voraus einzahlten. Das Erscheinen des „Hofnarren“ verzögerte sich jedoch von Monat zu Monat, und als die ungeduldrigen Abonnenten schließlich Klärung über die Gründe des Nichterscheins zu haben wünschten, erklärte die in die Enge gebrachte Geschäftsleitung, daß sie erst Anfang nächsten Jahres die erste Nummer herausbringen könne. Dagegen erhoben zahlreiche Abonnenten Einspruch und erstatteten bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Betrugs. Freilich erschien die Kriminalpolizei im Gulen-Verlag und beschlagnahmte das Ehepaar Salomon, den Schriftleiter Marx und einen angeblichen Hauptmann Sagemeyer, um sie von Untersuchungsrichter vorkzuführen. Eine Prüfung der Bücher ergab, daß von den eingezahlten 150.000 Mark für den „Hofnarr“ lediglich noch 1200 M. übrig waren. Den Rest will die Geschäftsleitung für unaufrichtbare künstlerische Beiträge und „Spesen“ ausgegeben haben. Da Salomon ein Jahreseinkommen von 20.000, Marx ein solches von 15.000 Mark bezog, so wollte es den Kriminalbeamten nicht einleuchten, daß der Verlag bloß für das Nichterscheinen des Blattes über hunderttausend Mark Spesen gehabt haben soll. Die genannten Abonnenten des „Hofnarren“ dürften inzwischen zu dem Erkenntnis gekommen sein, daß es nicht war — „Eulen nach Lichtenfelde zu tragen“.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin, Vollmüllarten für Dezember werden für Kinder im 1. u. 2. Lebensjahre am 20. u. 30. Okt., für Kinder im 3. u. 4. Lebensjahre am 31. Okt. u. 1. Nov., für Kinder im 5. u. 6. Lebensjahre am 2. u. 4. Nov. zusammen mit den Nahrungsmittelbezugscheinen verausgabt. Steigk. 250 Gr. amerik. Weiz. 250 Gr. Graupenmehl. Je ein Päckchen Milchpulver u. Milchpulverpulver. — Kriegsbeschädigte, die über 30 Proz. erwerbsunfähig sind, erhalten von jetzt ab 4 Pfd. Nahrungsmittel.

Dahlem, 250 Gramm Schmalz (P 18). Mariendorfer-Lübende, 3 Päckchen Milchpulver (87). Karlen bis Dienstag vorlegen. 25. Okt. bis 8. Nov. 250 Gramm amerik. Weizenmehl (L 20). J 19 verleiht am 25. Okt. keine Mätligkeit, K 20 und L 20 am 8. Nov. In Stelle des amerik. Weizens kann 94 Proz. inländ. Weizenmehl einmommen werden. Montag an Groß- und Kleinbäckerei Strauß, Jentner 10 M., jede Menge. Beschaffung Zimmer 20/21 Rathaus 12-2. Ausgabe 1-8 Dorstr. 24.

Tempelhofer, 27. Okt. bis 2. Nov. 250 Gramm austral. Dörrfleisch (75), 150 Gramm austral. Kartoffelstärke (87), 500 Gramm Roggenmehl (87). Für Kinder im 5. und 6. Lebensjahre 500 Gramm Dörrfleisch und 500 Gramm Teigmehl (O I und O II). Anmeldung: 150 Gramm Graupenmehl (89), 250 Gramm Graupenmehl (91). Verkauf: 250 Gramm Runkelrübe (41). Anmeldung: Weizenmehl je 250 Gr. (W 24, X 24, Z 24).

Straßen, 250 Gr. Weizenmehl (92), 300 Gr. Haferklein (93 u. 94), 500 Gr. Kartoffelpulver (95), 500 Gr. amerik. Weizen (L 16 u. 3 16). Vichtenberg, Voranmeldung: 250 Gramm Nahrungsmittel (92). Für Jugendliche: 200 Gramm Weizenmehl (44 J), je 5 Suppenwürfel (413). Ohne Voranmeldung: je 200 Gramm inl. oder austr. Weizenmehl (J 19) und (K 20), 1 Päckchen Bananen-Milchpulver (408), 1/2 Pfd. Gewürzsalz (406 G). Auf Kleiderbezugscheinen: 100 Gramm Nahrungsmittel und 200 Gramm Nahrungsmittel. Für heimgekehrte Kriegs- und Zivilgefangene 200 Gramm austral. Dörrfleisch (1 a bis 6 c).

Freidrichsfelde, 1 Pfd. Weizenmehl (92), 1 Pfd. Kafas (23), 150 Gr. Reis (96), 1 Päckchen Koffee (22).

Panteln, ab 27. Oktober werden die von der Firma Soefomst beherbergten Geschäfte die 1-Literarten mit 1/2 Liter, die 1/2-Literarten mit 1/2 Liter und die 1/4-Literarten mit 1/4 Liter Milch beliefern. Die 1/2-Liter-Kartonsarten können bis auf weiteres nur einen Tag am den anderen mit Milchmisch beliebert werden.

Ullersdorf, 250 Gr. Marmelade (77), 250 Gr. amerik. Weiz. (19), 150 Gr. Graupenmehl (94), 150 Gr. Reis (95), 150 bis 250 Gramm Weizenmehl (24 Kantenart), 1 Tüte Weizenmehl für Kinder (2) 2 Jahre. Kauf Karte im Zimmer 90 des Lebensmittelamtes.

Ullrichs, 125 Gr. Reis (94), 250 Gr. Marmelade (85), 250 Gr. amerik. Weiz. (K 20), 250 Gr. Marmelade (34), 250 Gr. Saubohnen (35), 250 Gr. Reis für Kriegsbeschädigte; Haferklein für Kranke.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Verbandsrat für Post und Telegraphie. Die für die Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung anberaumte Versammlung findet heute abend 7 Uhr in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstraße 16/17 III, statt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Köpenick. Dienstag abend, 7 Uhr, im Restaurant: Kartoffeln, Kartoffelstrafe, außerordentliche Generalsversammlung. Mitgliederkarte legitimiert. Raumnahmen am Eingang des Saales.

Stenographen-Verein „Gabelberger“, Uebungen von 7-9 Uhr abends in der Friedrich-Werderschen Oberrealschule, Niederraststr. 12.

Stenographenverein „Solge-Schule“, Korso-Berlin. Donnerstag abend, 7 1/2 Uhr, 29. Gemeindefchule, Al. Frankfurter Str. 6.

Ehemalige Kriegsgefangene. Mittwoch abend 7 1/2 Uhr, Lokal Schmidt, Michaelstr. 28, Mitgliederversammlung. Dort Aufnahme neuer Mitglieder.

Aus aller Welt.

Das Prager Fremdenblatt. Wie das „Prager Tagblatt“ meldet, fand vor dem Prager Divisionsgericht am 18. d. M. wider den 23-jährigen Jüdischen Emanuel Szezel aus Teschen ein Strafverfahren statt. Als Belastungszeuge erschienen ein Biblisphele, der in einem Offiziersmantel sicte, eine Militärkapelle auf halbe und bereit verurteilt war, daß man nur seine Augen sah. Ein anderer Zeuge wurde nicht vernommen. Der Angeklagte wurde zum Tode durch den Strang verurteilt. Die tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten nennen in einer Interpellation die Prager Militärjustiz ärger als die österreichische Justiz im Kriege!

Gewerkschaftsbewegung

Der Achtstundentag der Bühnenarbeiter.

Der deutsche Bühnenverein (Organisation der Theaterunternehmer) fordert in einer Eingabe an die Regierung, daß die Theaterbetriebe vom Achtstundentag befreit werden. Diese Forderung wird mit der Behauptung begründet, eine Umfrage habe ergeben, daß der Achtstundentag auf die Theaterbetriebe ruind gemacht habe.

Wie derartige Behauptungen haben sich die Theaterbetriebe stets gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit gewehrt, aber die Tatsachen haben bewiesen, daß noch kein Betrieb durch den Achtstundentag ruiniert worden ist, und was die Theaterunternehmungen betrifft, so leidet doch der Augenchein, daß sie gegenwärtig recht gut florieren, trotz des Achtstundentages. Uebrigens beschäftigt der Bühnenverein in der durch die Presse verbreiteten Begründung seiner Eingabe selbst, daß eine kleine Anzahl von Theatern mit dem Achtstundentag gute Erfahrungen gemacht hat.

Dazu ist zu sagen: Was einer kleinen Anzahl von Theatern möglich ist, das muß den anderen bei gutem Willen auch möglich

